

Kohleausstieg: Woher soll der Strom kommen?

NAEB 2002 am 19. Januar 2020

Arbeitsplätze und mehr Wohlstand gibt es nur durch den Einsatz von mehr Energie. Dabei spielt der elektrische Strom eine herausragende Rolle. Das erklärte Ziel der Bundesregierung und auch der Europäischen Gemeinschaft ist die Schließung der Kohlekraftwerke aus nebulösen Klimaschutzgründen.

Doch woher soll der Strom für neue Arbeitsplätze kommen, die für die dann arbeitslosen Kraftwerker und Braunkohle-Tagebauarbeiter entstehen sollen? Eine Antwort bleiben die Politiker schuldig. Sie gehen den zweiten Schritt vor dem ersten! Erst muss eine sichere und preiswerte neue Stromversorgung aufgebaut werden, dann können Kohlekraftwerke abgeschaltet werden.



Es gibt kaum Arbeitsplätze, die ohne elektrischen Strom auskommen. [1]

Vermeintliche Klimaschützer, angebliche Umweltverbände und weitere fragwürdige Nichtregierungsorganisationen (NGOs) drängen auf die Abschaltung von Kohlekraftwerken. Zunächst sollen die Braunkohlekraftwerke stillgelegt werden, weil sie die größten Umweltverschmutzer seien.

Hat die Bundesregierung inzwischen große Bedenken und versucht deshalb, entsprechende Gesetze auf die lange Bank zu schieben? Die Ministerpräsidenten der betroffenen Länder unterstützen aber die Schließung der Kohlekraftwerke und der Braunkohletagebaue, weil ihnen aus dem Bundeshaushalt Entschädigungen in Höhe von 40 Milliarden Euro zugesagt wurden. In einer nächtlichen Sitzung mit der Bundeskanzlerin wurden Einzelheiten der Abschaltung ausgehandelt.

Kein Plan für Stromersatz

Doch weder die Bundesregierung noch die Länderregierungen, die Parteien und die Gewerkschaften tun kund, woher der Strom kommen soll, wenn die zuverlässigen Braunkohlekraftwerke abgeschaltet sind, die mehr als 20 Prozent des Strombedarfs als verlässliche und preiswerte Grundlast liefern, die für ein stabiles Netz unerlässlich ist.

Die Grundlast von mindestens 45 Prozent ist der Taktgeber für die Frequenz und Phase zum Einspeisen des Zufallsstroms von Wind- und Solaranlagen. Das heißt im Umkehrschluss: Es können maximal 55 Prozent Ökostrom eingespeist werden, ohne die Netzstabilität zu gefährden.

Die Dampfkraftwerke müssen den gesamten Strombedarf decken, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint. An trüben Wintertagen ist der Ertrag an Solarstrom nahe Null. Wenn die heutigen Kern- und Braunkohlekraftwerke abgeschaltet sind, ist die Leistung der verbleibenden Steinkohle- und Gaskraftwerke unzureichend. Es muss zwangsläufig zu Netzzusammenbrüchen durch zu viel Ökostrom oder zu Strommangel bei nächtlichen Flaute kommen. Ein Ökostromanteil von 60, 80 oder gar 100 Prozent ist physikalisch unmöglich und daher reine Fantasie.

Regierungen, Parteien und Gewerkschaften träumen von Ersatz durch den Ausbau von Wind- und Solarstromanlagen. Vor allem sollen Windstromanlagen dazu beitragen. Ist das physikalisch möglich oder nur ein Wunschtraum?

Um die gleiche Strommenge im Jahr zu erzeugen wie die derzeitigen Braunkohle- und Kernkraftwerke, müssten zu den bereits installierten 30.000 Generatoren noch weitere 50.000 große Anlagen der drei Megawatt-Klasse errichtet werden. Ob deutsche Bürger und Wähler diese Umwelterstörung und den Verlust an Lebensqualität in Generatoren-Nähe akzeptieren, ist fraglich.

Schon heute wenden sich mehr als tausend Bürgerinitiativen, die im Dachverband „Vernunftkraft“ zusammengeschlossen sind, gegen den weiteren Ausbau von Windkraft. Hinzu kommt, dass die Dampfkraftwerke betriebsbereit gehalten werden müssen, um bei Dunkelflaute Strom zu erzeugen.

Arbeitsplätze brauchen Strom

Stromkosten entscheiden neben Kapital- und Lohnkosten über die Wirtschaftlichkeit von Arbeitsplätzen. Höhere Leistungen werden im Allgemeinen durch kräftigere Maschinen erreicht, die mehr Energie verbrauchen. Auf wundersame Weise durch Infrastrukturmaßnahmen entstehen keine neuen Arbeitsplätze für Kraftwerker und Arbeiter aus den Braunkohletagebauen.

Preiswerter und verlässlicher Strom ist die allererste Voraussetzung. Braunkohlestrom erfüllt diese Bedingung. Er ist mit Erzeugungskosten von 3 Cent/Kilowattstunde (Ct/kWh) der preiswerteste Strom in der BRD, der noch dazu sicher aus einem heimischen Energieträger gewonnen wird.

Wenn vorhandene Arbeitsplätze gesichert und neue entstehen sollen, müssen die Braunkohlekraftwerke Strom erzeugen. Im Gegenteil: Es sollten weiter gebaut werden! Dies erscheint den politisch Verantwortlichen unverständlich. Viele geben sich dem religiösen Wahn einer Stromversorgung aus Sonne, Wind und Biomasse hin. Doch mit Ökostrom gibt es keine international wettbewerbsfähigen Arbeitsplätze.

Stromkosten

Die Erzeugungskosten von Strom sind bekannt. Strom aus Braunkohle und Uran ist mit 3 Ct/kWh am günstigsten. Es folgt die Steinkohle mit 4 bis 5 Ct/kWh. Strom aus Erdgas bringt es auf 6 bis 8 Ct/kWh. Die großen Wasserkraftwerke an Stauseen und aufgestauten Flüssen erzeugen Strom für 4 bis 8 Ct/kWh. Diese Kraftwerke sind regelbar und liefern Grundlast.

Der vom Wetter abhängige Zufallsstrom aus Sonne und Wind wird im Durchschnitt mit etwa 14 Ct/kWh vergütet. Sein Wert liegt jedoch bei nur 3 Ct/kWh, weil die starken Schwankungen, die durch mitlaufende Regelkraftwerke ausgeglichen werden müssen, die Stromversorgung erschweren. Die schlechte Stromqualität begründet die niedrigen Preise an den Strombörsen.

Die Differenz zwischen Vergütung und dem niedrigeren Erlös zahlt der Verbraucher als Umlage nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG). Die Abgabe des Ökostroms weit unter seinen Gestehungskosten dürfte die größte Dumping-Aktion der Welt sein. Dieses vom EEG vorgeschriebene Dumping bleibt vom Bundeskartellamt ungeahndet.

Bei Starkwind und Sonnenschein gibt es immer häufiger zu viel Ökostrom, der dann sogar gegen Bezahlung verkauft wird. Im Jahr 2019 war das an 232 Tagen der Fall, mehr als 1,5 Milliarden Euro zusätzliche Kosten verursachte.

Es zeugt von Realitätsverlust, wenn Politiker Arbeitsplätze mit dem viermal teureren, unzuverlässigen und häufig unbrauchbarem und wetterabhängigem Ökostrom schaffen wollen, während weltweit wöchentlich neue Kohlekraftwerke ans Netz gehen. Der Stromverbraucherschutz NAEB bezeichnet den Zufallsstrom zu Recht als Fakepower. Er wird als brauchbarer Strom ausgegeben, obwohl er keine Abnehmer findet und gegen Zuzahlung oder zu Dumpingpreisen verkauft wird.

Lächerliche Entschädigungen

Die Bundesregierung will bis zum Jahr 2038 an die Braunkohleländer 40 Milliarden Euro als Strukturhilfen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze für die freigesetzten Belegschaften in den Braunkohletagebauen und Kraftwerken zahlen. Darüber hinaus sollen noch 4,5 Milliarden Entschädigungen an die Kraftwerksbetreiber als Entschädigung für die vorzeitige Abschaltung ihrer Anlagen fließen.

Das ist lächerlich wenig im Vergleich zur Belastung der Stromverbraucher und zu den Steuereinnahmen des Staates durch die Energiewende. Die Verbraucher müssen jährlich rund 35 Milliarden Euro zur Stützung von Fakepower als EEG-Umlage, Entsorgungskosten, für neue Stromleitungen und einer Reihe weiterer Abgaben bezahlen.

Die gerade beschlossene Steuer auf Brenn- und Treibstoffe ab 2001 wird die Belastung der Verbraucher um weitere 10 Milliarden Euro erhöhen. Hinzu kommen noch die hohen Vergütungskosten, wenn, wie geplant, die Wind- und Solarstromerzeugung weiter ausgebaut wird.

Die Gesamtbelastung durch die Energiewende wird dann weit über 50 Milliarden Euro liegen. Davon sind über 7,5 Milliarden Mehrwertsteuer. Die "Beihilfen" des Bundes sind gegen diese Summen nur Peanuts. Allein die Mehrwertsteuer spült in sechs Jahren mehr Geld in die Staatskasse, als in 18 Jahren fließen soll.

Deutschland wird erpressbar

Die deutsche Steinkohle wurde über mehr als 50 Jahre lang bis 2018 subventioniert, um die Energieversorgung weitgehend durch heimische Energieträger sicherzustellen. Der letzte noch verbliebende wirtschaftliche Energieträger, die Braunkohle, abgesehen von geringen Mengen Erdgas und Erdöl, soll nun aus ideologischen Gründen ebenfalls ungenutzt bleiben. Damit ist Deutschland von Kohle, Erdgas und Erdöl aus dem Ausland abhängig.

Deutschland kann dann von den Lieferländern jederzeit erpresst werden. Für Kohle und Erdöl ist das weniger kritisch. Es gibt viele Exportländer, die sich um Lieferungen bemühen. Gegen entsprechende Zahlung dürften Lieferungen sicher sein. Erdgas kommt dagegen fast zur Hälfte aus Russland, was die Abhängigkeit erhöht. Russland kann die BRD jederzeit erpressen. Ist das gewünscht?

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.info und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: StockKosh-Business-Technology-11760_person-people-adult

+ AfD + Der Kohleausstieg - Die Kumpel kommen endlich zu Wort!
www.youtube.com/watch?v=9z85b2oLolc
20. November 2018 | Iris Dworeck-Danielowski
Landtagsabgeordnete Iris Dworeck-Danielowski vor Ort

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Hans-Günter Appel
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Fax 05241 70 2909
Hans-Guenter.Appel at NAEB.info
www.NAEB.info

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Hans.Kolpak at NAEB.info
www.NAEB.tv

